

Stefan Meyer

Demokratischer Postliberalismus: Fehlanzeige

Bericht über die Akademietagung der Christlichen Gesellschaftsethik in der Akademie des Bistums Mainz (25.–26. Oktober 2024)

„Das Endspiel des Liberalismus“ (SZ), „Liberalismus: Verraten und verschleudert“ (ZEIT), „Ist der Liberalismus am Ende?“ (FAZ): Auch in großen deutschen Zeitungen mehren sich die Beiträge, die den Liberalismus sowohl als politisches wie als ideologisches Projekt in einer prekären Lage sehen. Über das genaue Ausmaß und die Ursachen der Misere herrscht allerdings Uneinigkeit, wie auch über die Frage, wer oder was ihm nachfolgen könnte. Im angloamerikanischen Raum wird darüber schon etwas länger diskutiert. Deziert katholische Stimmen dienen dabei als wichtige Referenzpunkte und denken unter dem Schlagwort *Postliberalismus* über einen neuen Kommunitarismus (Adrian Pabst), einen neuen Integralismus (Adrian Vermeule) oder eine neue Aristokratie (Patrick Deneen) nach – wobei man diesen Ideengebern, mindestens im letzteren Fall, sogar Einfluss auf die höchsten Regierungskreise nachsagt.

Kurzum: Es ist mehr als ein bloßes Glasperlenspiel, „Möglichkeiten eines Demokratischen Postliberalismus“ zu eruieren respektive „Sozial-ethische Klärungsversuche in den Krisenzeiten ‚liberaler Demokratie‘“ zu wagen, wie es die *Akademietagung der Christlichen Gesellschaftsethik* im vergangenen Herbst in Angriff nahm. Als unmittelbarer Nachfolger der *Heppenheim Tage*, die durch die Schließung des *Hauses am Maiberg* zum 31. Dezember 2022 ihre Heimstätte verloren haben, fand die Veranstaltung dieses Mal im *Erbacher Hof* in Mainz statt. Beibehalten wurden ihr interdisziplinärer Charakter und die Lust auf kontroversen Austausch, was sich auch in der Tagungsstruktur widerspiegeln: Da die fünf Impulstexte als gelesen vorausgesetzt wurden, ging es nach kurzer Einführung und zweier Ko-Referate sofort in die Diskussion. Die gesamte Veranstaltung hatte dabei Werkstatt-Charakter, bei der auch „provokante, zugesetzte Thesen und Positionen einmal test- und probeweise“ vorgebracht werden konnten, wie die Organisator*innen *Annette*

Wiesheu (Mainz), *Titus Möllenbeck* (Mainz), *Hermann-Josef Groß Kracht* (Darmstadt), *Jonas Hagedorn* (Bochum) und *Dirk Jörke* (Darmstadt) im Tagungsprogramm erläuterten.

Die Gastgeber*innen ließen es sich dann auch nicht nehmen, von dieser Freiheit selbst Gebrauch zu machen und thesenstark vorzulegen. Dass der Liberalismus als Kind des 18. und 19. Jahrhunderts ein „grundlegendes inhaltliches Upgrade“ brauche, da man der Welt von Adam Smith entwachsen sei und es mit ganz anderen Verhältnissen und Herausforderungen zu tun habe, war noch eine der weniger provokanten Überlegungen. Zu bedenken gaben sie außerdem, ob sich der semantische Siegeszug der „liberalen Demokratie“ nicht gerade dadurch erklären ließe, dass sich damit soziale Teilhabe- und Umverteilungsansprüche bekämpfen lassen. Die Konstruktion eines „illiberalen und bildungs- sowie demokratiefernen Volkes“ würde hierzu essenziell dazugehören. So wie es dann auch dem Wesen der liberalen Demokratie entspräche, „unter der Maxime ‚Kampf dem Populismus‘ gegen ein solches ‚Volk‘ pädagogisch und paternalistisch, missionarisch und mit entsprechendem Überlegenheitsbewusstsein zu Felde zu ziehen“, wie es in ihrem streitlustigen Präludium hieß.

Wer als überzeugte*r Liberale*r nach Mainz gekommen war, wusste also, was ihn*sie dort erwarten würde. Immerhin: Die Gelegenheit, sich die eigenen Vorzüge in Erinnerung zu rufen (und den vielen Skeptiker*innen ins Gewissen zu reden), wurde schon im ersten Panel *Was ist eigentlich das Liberale an der liberalen Demokratie – und warum sollten wir die liberale Demokratie verteidigen?* gegeben. *Eva Buddeberg* (Wuppertal) fremdelte allerdings mit der ihr zugesetzten Rolle und gab zu, erstes nicht so wirklich beantworten zu können. Mittels eines Rückgriffs auf Pierre Bayle vermochte sie es aber, Toleranz als den Ausgangspunkt des Liberalismus zu bestimmen und darin zugleich eine Grundlage aller westlichen Demokratien zu sehen. Man könne sich keine Demokratie vorstellen, die diesen Lernschritt nicht voraussetzt. Wie man auch die Demokratie nicht verteidigen könne, wenn man nicht auch die liberalen Elemente darin verteidige. *Katja Winkler* (Linz) konnte diese Ausdeutung des Liberalismus überzeugen, *Julian Nicolai Hofmann* (Marburg) weniger: Es sei von Anfang an illusionär gewesen, Toleranz zur Basis einer Gesellschaft machen zu wollen. Dies sei eine unterkühlte Strategie, die nicht zu einer gemeinsam konstituierten Lebenswelt und einer Politik gegenseitiger Anerkennung, sondern in die Isolation führe.

Ein Mittel zur Revitalisierung des demokratischen Liberalismus, das über alle Zweifel erhaben wäre, war allerdings auch in dessen jüngerer

Vergangenheit nicht zu finden. *Tine Stein* (Göttingen) – die zu diesem Zweck der Frage *Gab es eine „gute alte Zeit“ der bundesrepublikanischen Demokratie?* nachging – war zwar angetan von der Balance zwischen Recht und Politik respektive zwischen Verfassungs- und Demokratieprinzip, die großen Anteil an der Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik gehabt hätte. Ein derartiges Zusammenspiel aus Begrenzung und Ermöglichung versuchte sie auch für die Zukunft zu skizzieren, um zu einem „resilienten demokratischen Verfassungsstaat“ zu gelangen und derart der ökologischen wie sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ gerecht zu werden. Ihr Programm (Einführung eines Dienstjahres, Schulfach *Digitale Medienkunde*, Bürgerräte) traf den Geschmack von *Philipp Lepenies* (Berlin), der eine Rehabilitierung von Verbot und Verzicht ebenfalls für geboten sieht. *Oliver Weber* (Darmstadt) hingegen kam das Ermöglichungsmoment dabei entschieden zu kurz. Er diagnostizierte eine „Endzeit ohne Zukunftsperspektive“, in der man zu glauben scheint, Politik könne nur noch reparieren oder kompensatorisch eingreifen. Ein entscheidendes Problem lasse man außer Acht: „Aber lässt sich eine Ordnung verteidigen, die nur noch Notwendigkeiten, aber keine positiven Programmatiken kennt?“

Im *Erbacher Hof* war zumindest der Wille dazu ungebrochen. Insbesondere dann, wenn diese Ordnung von *Philip Manow* (Siegen) unter Beschuss genommen wurde. Seines Erachtens ist das Konzept der „liberalen Demokratie“ ein neuartiges und höchst zeitgebundenes Phänomen. Früher sei eher von „rechtsstaatlich“ oder „bürgerlich“ die Rede gewesen. Dies werde nunmehr aber ebenso verkannt wie die Tatsache, dass sich mit diesem ab 1989/90 weithin verbreiteten Modell auch ein fundamentaler Denkfehler einschleiche. Dieser bestehe in der Annahme, dass es besser sei, je liberaler eine Demokratie sei – eben weil es dieser Logik zufolge nicht möglich sei, dass das *Liberale* jemals das *Demokratische* einschränke. Manow zufolge sei das nur vor dem besonderen demokratietheoretischen Hintergrund Deutschlands, den hiesigen Annahmen über die „Tyrannei der Mehrheit“ und der deshalb so starken Stellung des Bundesverfassungsgerichts verständlich. Im weltweiten Vergleich sei dieses Modell aber eine völlige Ausnahme gewesen und die Mehrheitsdemokratie viel weniger problematisch als angenommen: „So wie wir uns das erzählen, geht das nicht auf.“ Manow verband dies mit einem scharfen Angriff auf das *Varieties of Democracies Project* (V-Dem), dem er eine emblematische Mitschuld an dem semantischen Siegeszug der „liberalen Demokratie“ gibt. Wie er in Mainz verkündete, sei seine Kritik

an diesem Index bislang noch zu zahm gewesen. Dessen Unzulänglichkeiten bei der Konzeptualisierung und Messung von Demokratie seien noch schwerwiegender als gedacht.

Es mag an dieser Kampfansage gelegen haben, dass niemand zur Verteidigung von *V-Dem* in die Bresche sprang. Manows allzu majoritäres Verständnis von Demokratie ging einigen aber entschieden zu weit. Dies seien keine guten Nachrichten für die ungarische Opposition und diejenigen ohne Zugang zu elektoralen Mehrheiten, entgegnete etwa *Verena Frick* (Göttingen). Manows Diagnosen seien zwar scharf und berechtigt. Sie halte es aber für gefährlich, die Verfassungsgerichtsbarkeit derart zu unterminieren, und für keinen Zufall, dass dies häufig von autokratieaffinen Akteur*innen ausgehe. Die eigentliche Frage sei, wie diese Einschränkungen moderiert und organisiert werden. Zumal dabei gelte: „Wer Verfassungsgerichtsbarkeit sät, wird Verfassungsrechtsprechung ernten.“ Wie beides von der Politik in Dienst genommen werde, etwa bei der Schuldenbremse, sei in dieser Erzählung gar nicht enthalten.

Auch *Georg Essen* (Berlin) fühlte sich von Manows Ausführungen herausgefordert. Der Theologe diagnostizierte eine Entfremdung zwischen politikwissenschaftlichem und philosophischem Freiheitsdiskurs und war erklärtermaßen irritiert, warum man mit einem derart unterkomplexen Freiheitsbegriff auf seinen Gegner zugehe. Der prinzipiellen Gegenüberstellung von Konstitutionalisierung und Demokratie setzte er einen dialektischen Vermittlungsversuch entgegen. Dafür bemühte er u. a. die Selbstbindung des *pouvoir constituant* und eine im Freiheitsbewusstsein der Staatsbürger*innen verankerte Verfassung, welche die Legitimation ihrer Normen begründe. Ein Verfassungsgericht müsse zwar nicht, könne aber ein hinreichend legitimierter Bestandteil dieses Aktes sein, mit dem die bürgerlichen Freiheitsrechte geschützt und die „Qual der Heteronomie“ in Autonomie aufgehoben werde. Der kleine Schönheitsfehler an dieser Denkungsart: Sie verfling nicht, jedenfalls nicht bei Manow. Man müsse aus diesen geschlossenen Argumentationszirkeln herauskommen, da diese Fiktion nicht mehr trage, hielt er dieser Replik entgegen.

Diese Kontroverse sollte nicht der einzige Moment bleiben, wo unüberbrückbare Gräben sichtbar wurden. Ähnliche Irritation löste der Versuch von *Veith Selk* (Wien) aus, die bisherigen Ansätze von *Politischer Theorie ohne liberale Demokratie* zu sortieren. Die ehemalige Bundesverfassungsrichterin *Gertrude Lübbe-Wolff* (Bielefeld) attestierte ihm zwar,

ein „begnadeter Konstrukteur von Schubladen“ zu sein. Zugleich gab sie aber zu verstehen, dass sie seine nonchalante Vorgehensweise befremdete. Umso mehr, da auch Selks Erwartungshaltung, dass es eine gesellschaftstheoretische Unternehmung vom Format der frühen *Kritischen Theorie* bräuchte, weithin auf Unverständnis stieß. Ihre Wortbeiträge, Regungen und Blicke spiegelten es nur zu deutlich wider: In der Frage, worauf man beim *Postliberalismus* eigentlich hoffe und was man aufzugeben bereit sei, lagen zwischen einigen Teilnehmer*innen Welten.

Von der Dramaturgie des Tagungsprogramms her wäre es an Selk gewesen, der Diskussion eine Wendung zu geben und sie von der Kritik an den Unzulänglichkeiten des Liberalismus hin zu einer überlegenen Alternative zu überführen. Schließlich war er es, der – gemeinsam mit Hofmann – unlängst Veranstalter eines Workshops war, an dem auch die eingangs erwähnten Deneen und Pabst zu Gast waren, um über „Failures of Liberalism“ zu diskutieren. Mit Fug und Recht lassen sich ihm daher sowohl Sympathien für die Suche nach einer postliberalen Alternative als auch ein profundes Wissen über die vielversprechendsten Ansätze und Vertreter*innen attestieren. Bedauerlich nur, dass sich sogar Selk nicht dazu imstande sah, eine adäquate Alternative zu benennen. Was es an einschlägigen Ansätzen gebe, sei ausschließlich retrograder Natur, wie er ernüchtert konstatierte. Ob im UK, den USA oder hierzulande: Ein progressiver Postliberalismus werde dringend gebraucht, sei aber nicht in Sicht.

Von Seiten der Organisator*innen hatte es sich *Hermann-Josef Große Kracht* (Darmstadt) zum Ziel gesetzt, diese Lücke zu füllen. Auch, da er das bestehende postliberale Theorieangebot als „von übeln Reaktionären gekapert“ erachtet. Sein Versuch, den *Solidarismus* von Émile Durkheim zu erneuern und als übersehene republikanische Alternative in Stellung zu bringen, wurde allerdings unisono mit Skepsis beantwortet. Bei anderen, ebenfalls republikanisch gesinnten Überlegungen sah das zumindest etwas besser aus. Zum einen wäre da die „relativ desillusioniert[e]“ Variante von *Dirk Jörke* (Darmstadt) zu nennen, der die Bestandsvoraussetzungen eines demokratischen Miteinanders erodieren sieht. Eingriffe in den Wohnungsmarkt und das bestehende Schulsystem könnten den Verfall aber zumindest etwas aufhalten. Zum anderen erbot sich die optimistischere Spielart von *Felix Heidenreich* (Stuttgart), der auf inkrementellem Wege und mittels der Repolitisierung von Infrastruktur zu demokratischem Fortschritt gelangen möchte. Entsprechende *best practice*-Beispiele hatte er in Kopenhagen, Graubünden sowie Tübingen identifiziert. Von der

Erschließung neuer demokratietheoretischer Horizonte waren allerdings auch diese Überlegungen weit entfernt, wie zuvor schon die Ansätze von Stein und Lepenies. Demokratischer Postliberalismus: Fehlanzeige.

Denjenigen, die tapfer auf Seiten des Liberalismus ausgeharrt hatten, dürfte dieses Ergebnis gefallen haben. Wurden sie doch in dem bestärkt, was sie ohnehin vermutet hatten. Dass gerade nicht der richtige Zeitpunkt für politische Experimente sei, mahnte insbesondere *Karsten Fischer* (München) unermüdlich an. Forderungen nach mehr Umverteilung und Demokratie konnte er wenig abgewinnen, dem Republikanismus auch nicht. Und was erst recht nicht gehe: Auf dem Liberalismus „herumzutrampern“ und damit „das Geschäft der Rechten zu betreiben“, wie er dies auch nannte. Was die Lage stattdessen erfordere, sei eine „Allianz“ respektive „Front“ gegen den Antiliberalismus. Zuweilen wurde er in dieser Gegenrede von *Hubertus Buchstein* (Greifswald) sekundiert, der den Sympathisant*innen des Postliberalismus von Beginn an vorhielt, dass man es hier mit überhaupt nichts Neuem zu tun habe, jedenfalls nicht unter systematischen Gesichtspunkten. Wieder einmal werde das Ende des Liberalismus diskutiert, wie es schon in der Kommunitarismus-Debatte in den 1980er Jahren durchgekaut worden sei. Auch das Spannungsfeld von Majoritarismus und Konstitutionalismus, Demokratie und Liberalismus ließ ihn unbeeindruckt: Er sehe überhaupt kein Problem darin, sich mit einer Austarierung zu begnügen. Den Zwang, dies aufzulösen, gebe es nur im akademischen Feld.

Immerhin: Als das Opfer einer „organisierten Lebenszeitvernichtung“, wie zwischenzeitlich scherhaft angeführt, sah sich letzten Endes auch Buchstein nicht. Dafür waren die Gespräche auch einfach zu interessant und leidenschaftlich gewesen, ohne es dabei – im besten liberaldemokratischen Sinne – an Toleranz und Wertschätzung vermissen zu lassen. Und dass keine aussichtsreiche Lösung für die Misere des Liberalismus in Sicht ist, bedeutet immerhin, dass weiterhin Rede- und Klärungsbedarf bestehen wird. Ob dies auch künftig im *Erbacher Hof* der Fall sein wird, als verstetigte Fortführung der *Heppenheimer Tage*? Darauf wollten sich die Organisator*innen noch nicht festlegen. 2025 soll es aber zumindest einmal eine weitere Neuauflage geben – und das sicherlich auch wieder zu einem „merk- und diskussionswürdig[en]“ Thema, das so manche Kontroverse auszulösen (und auszuhalten) vermag.

Über den Autor

Stefan Meyer, MA, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Darmstadt und Doktorand im DFG-Graduiertenkolleg Standards des Regierens. Email: stefan_andreas.meyer@tu-darmstadt.de.